

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2018/2275		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Integration braucht Kontinuität: Keine Kürzung bei der Flüchtlingssozialarbeit! (Fraktionen von DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen, FDP)				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	08.05.2018	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	08.05.2018	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

Der Rat der Stadt Osnabrück fordert das Land Niedersachsen auf, die Mittel für die Flüchtlingssozialarbeit in den Kommunen nicht zu kürzen und somit weiter finanzielle Hilfestellung für die notwendige Integrationsarbeit zu geben.

Der Rat fordert die Mitglieder des Landtages dazu auf sich in ihren Fraktionen gegen eine Kürzung einzusetzen.

Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf sich mit Nachdruck für eine ungekürzte Flüchtlingssozialarbeit in den entsprechenden Gremien des niedersächsischen Städtetages und gegenüber der Landesregierung einzusetzen.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:**Sachverhalt:**

Die niedersächsische Landesregierung beabsichtigt, die Mittel für die Flüchtlingssozialarbeit ab 2019 zu kürzen. Begründet wird dies mit dem starken Rückgang beim Zuzug von Geflüchteten. Dies würde auch für die Flüchtlingssozialarbeit in Osnabrück den Wegfall von dringend benötigten Stellen in Stadt und Landkreis bedeuten.

Diese Mittel sind schon jetzt nicht ausreichend, um aktuelle und immer neue Herausforderungen (z.B. durch den Familiennachzug) zu bewältigen. Die Flüchtlingssozialarbeit leistet eine exzellente Arbeit, die durch eine Kürzung der Mittel behindert würde. Die Integrationsarbeit braucht Kontinuität, damit sie langfristig erfolgreich sein kann.

Eine Kürzung der Mittel wird die Integration der neuen Mitbürger*innen erschweren. Auch wenn weniger Geflüchtete ankommen, ist die Integrationsarbeit noch lange nicht vorbei. Die Menschen die hier sind benötigen langfristige Unterstützung.

gez.

Giesela Brandes-Steggewentz

Michael Hagedorn

Dr. Thomas Thiele